

Zerlegbare Fahrbahnplatte aus Eisenbeton.

Von Ingenieur Wilhelm Goldmann in Breslau.

(Mit Abbildungen auf Seite 311.)

Die bisher ausgeführten Brückentafeln aus Eisenbeton sind in ihrer ganzen Breite als ein zusammenhängendes Ganzes hergestellt. Sie haben den Nachteil, daß bei Abbruch der Überbau unter Aufwendung großer Kosten zertrümmert oder beiseite geworfen werden muß, da sein hohes Gewicht und seine Abmessungen ein Verbringen an andere Stelle unmöglich machen. Dieser Nachteil wird beseitigt, wenn der Überbau durch Längsfugen in einzelne Teile zerlegt und diese mit den Trägern in einen Betonrahmen eingespannt werden. Der Rahmen wird gebildet aus den beiden seitlichen Stücken des Überbaues und aus den beiden Betonquerbalken an den Widerlagern. Der Überbau wird durch den Rahmen zu einer rostartigen Verbundkonstruktion.

Die Vorteile der neuen Anordnung sind:

1. Schnellste Montage unter Fortfall des Schalgerüsts (von besonderem Wert bei im Betriebe herzustellenden Eisenbahnbrücken).
2. Bequeme Erweiterungsmöglichkeit, da die Seitenteile verschoben und die entstehende Öffnung durch neue Überbauteile sofort geschlossen werden kann.
3. Geringere Bauhöhe, da eine größere Trägeranzahl mit niedrigerem Profil nutzbar gemacht werden kann.
4. Größte Wirtschaftlichkeit infolge Wiederverwendbarkeit sämtlicher Baustoffe.

Die zugehörige Zeichnung zeigt links die Schnitte für eine 5 m weite Eisenbahnbrücke, rechts die möglichen Ausführungsformen für eine Eisenbahnbrücke von 11 m Stützweite.

Die einzelnen Stücke können aus einem oder mehreren einbetonierten Walzträgern in einer solchen Breite hergestellt werden, daß ihr Gewicht einen leichten Einbau und Wiederausbau gestattet. Bei Eisenbahnbrücken kleinerer Stützweiten würde es daher genügen, die die Zuglast aufnehmende Platte in zwei Hälften zu zerlegen. Bei größeren Stützweiten ist zur Wahrung der Transportfähigkeit eine weitere Zerlegung der Platte erforderlich. Es besitzen beispielsweise die einzelnen Stücke der 5 m weiten Brücke ein Gewicht bis zu 7,8 t, die der 11 m weiten Brücke bis zu 16,2 t. Bei der jetzt üblichen Herstellung in einem Stück würde die 5 m weite Brücke ein Gewicht von rund 25 t, die 11 m weite Brücke aber ein Gewicht von rund 108 t erhalten.

Da bei größeren Stützweiten der Beton des einzelnen Stückes nicht mehr als Füllstoff dient, kann das Stück als Eisenbetonbalken angesehen und die Tragkraft, wenn auch nur unerheblich, größer angenommen werden. Die an ihren Enden mit Löchern für die Hebevorrichtung versehenen Walzträger ragen über den Beton des einzelnen Stückes hinaus, um eine etwaige Auswechselung ohne Inanspruchnahme der Nachbarträger zu ermöglichen. Bei den in einzelne Träger aufgelösten Überbauten wird eine gleichmäßige Druckverteilung durch das Aufbringen von Eisenbetondielen bzw. Querbalken bewirkt. Die Kopfrahmenstücke sind durch im Widerlagsmauerwerk ausgesparte Falze zu verankern. Durch einfache Profilierung der Fugen läßt sich eine Belüftung der unteren Ansichtsfläche erreichen.

Die Entwässerung wird wie folgt ausgeführt: Die Betonbalken gleicher Stützweite werden stets in gleicher Höhe hergestellt. Längs- und Quergefälle werden entweder isoliert von den Balken durch eine besondere Betonauflage gebildet oder lediglich durch entsprechende Verlegung der Auflagerschienen. Die letzte Abbildung rechts unten zeigt die Entwässerung mit einseitigem Quergefälle. Die durch die Verkehrslast nicht beanspruchten seitlichen Balken erhalten eine geringere Höhe als die Balken der Tragplatte. Der Höhenunterschied wird dazu benutzt, um auf die seitlichen Balken, isoliert von diesen, eine Betonrinne aufzubringen. Die Rinne wird mit Betondielen überdeckt, welche durch untergelegte Flachwerkstücke erhöht verlegt werden, damit das Wasser ungehindert zufließen kann.

Hierdurch ist eine einwandfreie Entwässerung des Überbaues ständig gewährleistet. Wollte man auf dem Überbau zweiseitiges Quergefälle anordnen, so müßten die Eisenbetondielen ungleiche Stärke erhalten. Wahrscheinlich kann man aber bei einseitigen Überbauten, wenn zu beiden Seiten eine Rinne angeordnet wird, in Anbetracht der geringen Plattenbreite auf ein Quergefälle überhaupt verzichten.

Bei der hier beschriebenen Überbaukonstruktion ist allerdings der Vorteil einer zusammenhängenden Tragplatte aufzugeben. Dieser Vorteil besteht aber nur scheinbar. Denn die inzwischen gewonnenen Erfahrungen haben gezeigt, daß die zusammenhängende Tragplatte auf die Dauer nicht eine so einheitliche Masse bildet, wie bisher angenommen wurde. Dies erklärt sich daraus, daß die Verkehrslasten nicht vollständig gleichmäßig auf die ganze Breite der Platte übertragen werden können. Die Folge davon ist die Bildung von Längsrissen im Beton. Diese Risse dürften als unbedenklich anzusehen sein, solange sie sich im Innern des Betonkörpers bewegen. Sie können aber zu schweren Schädigungen führen, wenn sie unmittelbar am Träger entstehen. In diesem Falle können die Feuchtigkeit der Luft und vor allem die Rauchgase ihre zerstörende Wirkung ausüben. Es erscheint daher auch aus diesem Grunde angebracht, von vornherein Längsfugen vorzusehen.

Ein Vergleich der Fugengestaltung auf der Zeichnung führt zu folgendem Ergebnis: Mit gefalteten oder gebrochenen Fugen läßt sich ein gleichmäßige seitliche Druckübertragung und damit die Wirkung der zusammenhängenden Tragplatte nicht mit Sicherheit erzielen. Denn die Fugenflächen werden sich nicht so genau herstellen lassen, daß an allen Punkten die für die Druckübertragung notwendige innige Berührung eintritt. Auch sind ungünstige Beanspruchungen des Betons und demnach Rissebildungen zu befürchten. Schließlich spricht auch die schwierigere Auswechselungsmöglichkeit gegen diese Fugenausbildung. Die geeignetste Fugenform scheint demnach die ungebrochene Senkrechte zu bilden. Hierbei dürfte der Anordnung des letzten Querschnitts, wo jedes Stück aus nur einem Träger besteht, der Vorzug zu geben sein. Denn der aus einem Träger bestehende Betonbalken wird immer nur auf Biegung in der Längsrichtung beansprucht. Das aus mehreren Trägern gebildete Stück der ersten Abbildung erfährt dagegen eine ungleichmäßige Belastung, da der unter der Schiene liegende Träger eine größere Durchbiegung erleidet als die Seitenträger. Infolge dieser ungleichen Beanspruchung wirken im Mittelträger nur Biegemomente, in den Seitenträgern aber

außerdem noch seitliche Schubkräfte, hervorgerufen durch die Verteilungsseisen bei Durchbiegung des Mittelträgers. In den zwischenbefindlichen Betonkörpern aber entstehen nicht nur in der Längsrichtung, sondern auch in der Querrichtung Biegemomente. Auf dieses Zusammenwirken ist wohl die Rissbildung im Beton der zusammenhängenden Tragplatte allein zurückzuführen. Die Richtigkeit dieser Annahme vorausgesetzt, wird daher auch eine besondere Querversteifung die Bildung von Rissen kaum verhindern können. Abgesehen davon würde die Querversteifung eine unkontrollierbare Nietkonstruktion mit höheren Profilen ergehen und die Ausführung verteuern.

Es scheint daher vorteilhaft zu sein, entweder nur Stücke aus einem Träger einzubauen oder sie aus höchstens 2 Trägern herzustellen und diese stets symmetrisch zu belasten, so daß Biegemomente in der Querrichtung gar nicht oder nur in geringem Maße auftreten können. Jedes aus mehr als zwei Trägern bestehende Stück wäre dagegen wegen der ungleichmäßigen Beanspruchung zu verwerfen. Die erste Anordnung wäre daher für die Strecke mit festliegenden Gleisen zu verwenden, während für Bahnhöfe, wo die Gleislage häufigen Veränderungen unterworfen ist, die Anordnung mit nur je einem Träger in jedem Balken in Frage käme.

Durch die Möglichkeit, eine größere Trägeranzahl einzubringen, läßt sich eine geringere Konstruktionshöhe erzielen. Die Ersparnis beträgt bei größeren Stützweiten bis zu 15 cm. Bei Verwendung von 7 cm starken Eisenbetondecken, welche die 3 cm starken Abdeckplatten unnötig machen, tritt daher eine Einschränkung der jetzigen Konstruktionshöhe bis zu 11 cm ein, was bei großen Stützweiten besonders erwünscht ist. Bei kleineren Stützweiten ergibt sich trotz des Einbringens der Eisenbetondecken ungefähr die jetzige Konstruktionshöhe. Durch die Eisenbetondecken wird die Wirkung der zusammenhängenden Tragplatte unter günstiger Beanspruchung des Betons wiederhergestellt, während gleichzeitig die Rissbildung verhindert ist.

Durch das Einbringen einer größeren Trägeranzahl und die Verwendung von Eisenbetondecken entstehen im Verhältnis geringe Mehrkosten. Diese werden jedoch reichlich aufgewogen durch die geringere Betonhöhe des Überbaues, durch den Fortfall des Schalgerüsts und der Abdeckplatten, durch die leichte und schnelle Montage und schließlich hauptsächlich durch die Wiederverwendbarkeit sämtlicher Baustoffe.

Das Anwendungsgebiet der Konstruktion erstreckt sich auf Brücken jeder Art, Durchlässe und Tunnels.



Die Bautätigkeit in den deutschen Städten im Jahre 1913.

Das Statistische Amt der Stadt Köln macht jetzt seine alljährlichen Zusammenstellungen über den Bau- und Wohnungsmarkt. Beteiligt sind an dieser Statistik 44 Städte mit zusammen 11,69 Millionen Einwohnern. Im dem Bericht heißt es u. a.:

Die im Vorjahr bereits deutlich hervorgetretene Abschwächung der Bautätigkeit hat sich im Berichtsjahr in erhöhtem Maße fortgesetzt. Dieser starke Rückgang fällt um so mehr in die Waagschale, als auch der Vorrat an vermietbaren Wohnungen in den beteiligten Städten weiter abgenommen hat.

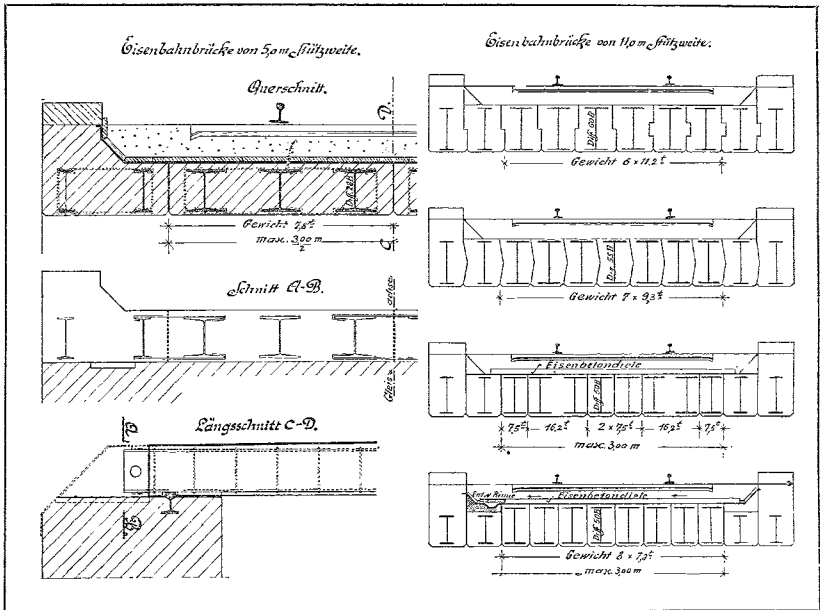
Aus den einzelnen Ermittlungen sei hier nachstehend das Wichtigste mitgeteilt:

Nach der absoluten Zahl der neu errichteten Wohnhäuser nimmt Hamburg mit 705 die erste Stelle ein; dann folgen Bremen mit 655, Düsseldorf mit 574, Frankfurt a. M. mit 557 und Köln mit 532. In allen übrigen Städten blieb der Zugang unter 500. Noch nicht 100 neue Wohngebäude kamen hinzu in Halle (96), Bochum (57), Gelsenkirchen (86), Berlin-Wilmersdorf (81), Kassel (76), Lübeck (72), Posen (58), Charlottenburg (53), Kiel und Danzig (je 52), Stettin (45), Mainz (37), Wiesbaden (33) und Berlin-Schöneberg (30).

Über die Ausdehnung, die hierbei je die Ansiedlung erfährt, gewährt die Feststellung des Anteils der neuen Wohngebäude, die auf bisher unbebauten Grundstücken errichtet wurden, einen gewissen Überblick. Danach wurden Wohngebäude nur auf neuer Baustelle errichtet in Straßburg und Mainz. Über 95 betrug der Prozentsatz außerdem in Bremen, Kassel, Berlin-Wilmersdorf, Plauen, Erfurt, Düsseldorf, Essen, Chemnitz, Elberfeld, Dresden, Gelsenkirchen und Karlsruhe; zwischen 90 und 95 bewegte er sich in Dortmund, Duisburg, Frankfurt a. M., Königsberg, Barmen, München, Posen, Braunschweig, Köln und Berlin-Schöneberg. Noch nicht 80 v. H. wurden erreicht und demnach entsprechend mehr Ersatzbauten ausgeführt in Hamburg (70,9 v. H.), Danzig (65,4 v. H.), Kiel (63,5 v. H.) und Halle (62,5 v. H.). Der Durchschnitt belief sich für 41 (im Vorjahr 40) Städte, von denen die bezüglichen Angaben vorlagen, auf 90,6 (90,1) v. H.

Nach der Zahl der neu entstandenen Wohnungen ist die Reihenfolge der Städte eine wesentlich andere als nach der Anzahl der neu erstellten Wohngebäude. Die höchste Zahl hat hierbei allerdings auch wieder Hamburg als die weitaus größte der untersuchten Städte mit 8078 aufzuweisen. An zweiter Stelle folgt aber München mit 3543, an dritter wieder Düsseldorf mit 3524, an vierter Leipzig mit 2953, das bei der ersten Gruppierung erst die achte Stelle einnimmt, an fünfter Köln mit 2648, an sechster Frankfurt a. M. mit 2588, an siebenter Dresden mit 2391, an achter Chemnitz mit 2199 und an neunter Stuttgart mit 2132. In den übrigen Städten bewegte sich der Zuwachs unter 2000. Besonders gering war die Wohnungsvermehrung in Kiel mit 260, Lübeck mit 220 und besonders Mainz mit 91 und Wiesbaden mit 88.

Die Abweichung dieser Zusammenstellung von der nach der Zahl der Wohngebäude gründet sich hauptsächlich auf die verschiedene Größe der neuerrichteten Wohngebäude in den einzelnen Städten. So ist u. a. die hohe Neubauten-Ziffer in Bremen und auch noch Frankfurt a. M. auf die verhältnismäßig geringe durchschnittliche Wohnungszahl des Gebäudes, nämlich 1,69 und 4,65, in diesen Städten zurückzuführen. Niedrig stellt sich dieser Durchschnitt außerdem in Mainz (2,46), Essen (2,64), Wiesbaden (2,67), Krefeld (2,91), Aachen (2,92), Mülheim a. Ruhr (3,4), Lübeck (3,5), Elberfeld (3,15), Karlsruhe (3,48), Duisburg (3,60), Gelsenkirchen (3,88), Straßburg (3,93), Bochum (4,06) usw. Im allgemeinen unterscheidet sich hierbei Westdeutschland von Mittel- und Ostdeutschland. Mehr als 10 Wohnungen kamen durchschnittlich auf den Wohnhausneubau in Hamburg (11,46), Posen (11,57), Breslau (11,69), Berlin-Schöneberg (18,40), Berlin-Wilmersdorf (18,69) und Charlottenburg (23,11). Als Durchschnitt ergab sich für die vergleichbaren 43 (1912 ebenfalls 43) Städte 6,11 (6,75); er wurde von 21 Städten überschritten.



Ingenieur Wilhelm Goldmann in Breslau. □ ————— □ Zerlegbare Fahrbahntafel aus Eisenbeton.

Über das Verhältnis des Reinzuganges an Wohnungen zu dem vorhandenen Bestande liegen von 42 Städten die entsprechenden Angaben vor. Danach übertraf Chemnitz alle übrigen Städte in der baulichen Entwicklung; es erfuhr einen Reinzugang an Wohnungen von 4,80 v. H. Nicht viel niedriger stellte sich der Reinzugang mit 4,04 v. H. in Berlin-Wilmersdorf, das im Vorjahr mit 7,31 v. H. die erste Stelle einnahm, und 4,00 v. H. in Düsseldorf. Es schlossen sich an Mannheim mit 3,46 v. H., Königsberg mit 2,93 v. H., Stuttgart mit 2,88 v. H., Hamburg mit 2,81 v. H., Dortmund mit 2,66 v. H., Plauen mit 2,65 v. H., Mülheim a. Ruhr mit 2,59 v. H., Frankfurt a. M. mit 2,56 v. H., München mit 2,31 v. H., Karlsruhe mit 2,18 v. H., Duisburg mit 2,08 v. H. und Altona mit 2,00 v. H. (Köln 1,87 v. H.). In den weiteren Städten hielt sich der Prozentsatz unter 2; weniger als 1 betrug er in Wiesbaden mit 0,31, dann in Mainz mit 0,32, Kiel mit 0,47, Stettin mit 0,54, Elberfeld mit 0,74, Danzig mit 0,78, Kassel mit 0,90 und Aachen mit 0,91. Der Durchschnitt stellte sich auf 1,5 v. H. (1912 2,82 v. H.).

Für die Ermittlung, in welchem Umfange Kleinwohnungen errichtet worden sind, ist zunächst mit Rücksicht auf die verschiedene Auszählung in den einzelnen Städten hervorzuheben, daß eine solche im folgenden angenommen wird bei 1 bis 3 Wohnräumen oder heizbaren Zimmern mit Einschl. der Küche, bei 1 und 2 Zimmern oder heizbaren Zimmern außer der Küche und bei 3 Zimmern oder heizbaren Zimmern ohne Küche.

Im Verhältnis zur Gesamtzahl der neuen Wohnungen entstanden Kleinwohnungen am zahlreichsten, nämlich 69,6 v. H., wie im Vorjahr in Dortmund. Fast derselbe Prozentsatz, 69,0, wurde in Düsseldorf erreicht. Über die Hälfte der neuentstandenen Wohnungen machten sie außerdem aus in München, Chemnitz, Mannheim, Hamburg, Altona, Königsberg, Charlottenburg, Posen, Breslau, Elberfeld und Bremen. Im Durchschnitt betrug ihr Anteil 43,47 v. H. (1912 38,58 v. H.). In sehr geringem Umfange befaßte sich die Bautätigkeit im Berichtsjahr mit der Herstellung von Kleinwohnungen in Braunschweig und Nürnberg (je nur 0,8 v. H.), dann in Hannover (0,9 v. H.), Leipzig (12,0 v. H.), Kassel (12,5 v. H.), Bremen und Straßburg (je 13,2 v. H.) sowie Eriurt (18,5 v. H.). In den weiteren Städten betrug deren Anteil wenigstens über ein Fünftel. Wegen der Verschiedenheit in der Bestimmung der Größe der Kleinwohnungen — bald nach der Zahl der Wohnräume überhaupt, bald nach der der Zimmer, bald nach der der heizbaren Zimmer — kommt diesen Ermittlungen allerdings nur ein beschränkter Wert zu.

Die gemeinnützige Bautätigkeit hat sich im Gegensatz zu der allgemeinen Bautätigkeit im Berichtsjahre verhältnismäßig lebhaft entwickelt. Im ganzen wurden von dieser Seite 1509 Wohnhäuser mit 6661 Wohnungen hergestellt gegen 1153 Wohngebäude mit 6393 Wohnungen im Vorjahr. Arbeiterwohnhäuser befanden sich darunter 1372 (1912 1401) mit 5986 (5443) Wohnungen, Beamtenwohnhäuser 137 (110) mit 675 (950) Wohnungen.

Der absoluten Zahl nach entstanden von den bezüglichen Arbeiterwohnungen die meisten, wie im Vorjahr, in München mit 945, dann in Leipzig mit 739, Königsberg mit 699, Düsseldorf mit 447, Essen mit 438, Dresden mit 350, Frankfurt a. M. mit 250, Magdeburg mit 207, Plauen mit 202 usw. Beamtenwohnungen kamen absolut am zahlreichsten in Posen mit 183 in Zugang, dann in Elberfeld mit 85, Frankfurt a. M. mit 69, Duisburg mit 55, München mit 53 usw.

Um zu ermitteln, ob und in welchem Grade der Wohnungszugang während des Berichtsjahres dem Bedarf entsprochen hat, ist die genaue Kenntnis der verlangten Wohnungen erforderlich. Da hierüber aber hinreichende Feststellungen fehlen, können für die Beantwortung dieser Frage nur die Ermittlungen über die leerstehenden Wohnungen einen allgemeinen Überblick geben. Nach der hiernach aufgestellten Zusammenstellung war das Angebot an vermietbaren Wohnungen im Verhältnis zur Zahl der überhaupt vorhandenen während der Berichtszeit am größten mit 5,6 v. H. in Hamburg. Über einen reichlichen bis ausreichenden Wohnungsvorrat verfügte außerdem Altona mit 4,7 v. H., Düsseldorf mit 4,2 v. H., Berlin-Wilmersdorf mit 3,8 v. H., Berlin-Schöneberg mit 3,4 v. H., Posen mit 3,1 v. H. und Kiel mit 3,0 v. H. In allen übrigen Städten hielt sich der verfügbare Wohnungsbestand unter der gewöhnlich als normal bezeichneten Grenze von 3 v. H. Unter 1 blieb der Prozentsatz in Hannover und Essen (je 0,9 v. H.), Bremen (0,7 v. H.), Elberfeld (0,6 v. H.), Stettin (0,5 v. H.) und Dortmund (0,3 v. H.). Hält man an der von Prof. Hasse aufgestellten Normalgrenze von 3 v. H. fest, so verfügte also in der Berichtszeit von den 36 Städten, von denen die bezüglichen Ergebnisse vorliegen, nur 7 über 3 und mehr Prozent leerstehende Wohnungen gegen 10 von 35 Städten im Jahre 1912. Es bleibt jedoch zu berücksichtigen, daß in Jahren mit wenig steigender Bevölkerung auch ein geringerer Wohnungsvorrat als 3 v. H. in den meisten Städten ausreichen dürfte. Streng genommen läßt sich das Bedürfnis an freien Wohnungen nur von Stadt zu Stadt unter Berücksichtigung der jeweiligen Entwicklung feststellen. Stets spielt dabei auch der Charakter der einzelnen Stadt — ob Industriestadt mit stark wechselnder Bevölkerung, ob Handels- und Industriestadt oder vorwiegend Handelsstadt — eine wichtige Rolle, namentlich auch hinsichtlich der Größe der vermietbaren Wohnungen.

Schließlich sei noch der Reinzugang an Wohnungen in den einzelnen Städten im Berichtsjahr in Vergleich gestellt mit dem des Vorjahres. Dadurch dürfte noch am klarsten der große Tiefstand der Bautätigkeit im Jahre 1913 zum Ausdruck kommen. Wie aus der dem Bericht beizugebenden Übersicht hervorgeht, stieg die Wohnungszugangsziffer nur in 9 (im Vorjahr dagegen in 18) Städten, in 34 (25) ging sie mehr oder weniger zurück. Unter den ersten nahm im Verhältnis Elberfeld mit einer Zunahme von 158,5 v. H. den ersten Platz ein; dann folgten in erheblichem Abstände Karlsruhe mit 82,0 v. H., Krefeld mit 44,5 v. H., Chemnitz mit 34,0 v. H., Stettin mit 33,3 v. H., Mannheim mit 30,6 v. H., Dresden mit 22,2 v. H., Straßburg mit 11,3 v. H. und zuletzt Bremen mit 3,3 v. H. Die Abnahme der baulichen Entwicklung gegen das Vorjahr stellte sich dagegen verhältnismäßig am größten mit 76,3 v. H. in Kiel; es schließen sich an Posen mit 63,9 v. H., Berlin-Schöneberg mit 63,5 v. H., Essen mit 61,5 v. H., Nürnberg mit

59,6 v. H., Charlottenburg mit 57,4 v. H., Bochum mit 56,4 v. H. und Danzig mit 54,0 v. H. In den übrigen Städten blieb der Rückgang unter 50 v. H. (Köln 24,3 v. H.). Im ganzen war der Reinzugang der absoluten Zahl nach um 21 549 oder 27,8 v. H. geringer als 1912 (im Vorjahr betrug der Reinzugang 5978 oder 7,17 v. H. weniger als 1911).



Verschiedenes.

Für die Praxis.

Bewehrte und unbewehrte Betonkörper unter mittlerer und einseitiger Belastung. Auf Grund eigener eingehender Versuche hat C. Bach hierüber auf der 17. Hauptversammlung des „Deutschen Beton-Vereins“ einen Vortrag gehalten, in dem er zu dem Schluß kommt: „Die Ergebnisse der Versuche haben gezeigt, daß die für die besprochene Belastungsfälle unter den üblichen Annahmen entwickelten Gleichungen mit ausreichender Genauigkeit genügen, um die Widerstandsfähigkeit der Betonkörper — bewehrt oder unbewehrt — beurteilen zu können.“ — Der ausführliche Bericht über die Versuche erscheint in den „Mitteilungen über Forschungsarbeiten“ des Vereins Deutscher Ingenieure.

Verbands-, Vereins- usw. Angelegenheiten.

Tagung der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft in Königsberg. Die Nordöstliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft, umfassend die Sektionen 1. Berlin, 2. Brandenburg, 3. Pommern, 4. Westpreußen und 5. Ostpreußen, hielt ihre diesjährige Genossenschaftsversammlung am 17. Juni in Königsberg ab. Etwa 110 Delegierte nahmen an der Versammlung teil. Die Tagung wurde am Mittwoch eingeleitet durch einen Begrüßungsabend in der Stadthalle. Die ordentliche Genossenschaftsversammlung begann am Donnerstag, vormittags 10 Uhr, in der Stadthalle. Der Genossenschaftsvorsitzende Vollmer eröffnete die Versammlung und brachte das Hoch auf den Kaiser aus. Als Vertreter des Reichsversicherungsamtes begrüßte der zuständige Dezernent, Regierungsrat Dr. Wiebeck, die Delegiertenversammlung. Das verflossene Geschäftsjahr sei glänzend gewesen. Die Umlage sei zurückgegangen in einer Zeit, in der sonst überall über Niedergang und Stillstand geklagt werde. Das sei der Leitung der Genossenschaft und den Sektionen sowie den Beamten zu danken. Er wünsche, daß die Genossenschaft immer von solchen Persönlichkeiten geleitet sein möge. Das sei auch das Interesse des Reichsversicherungsamtes. Klarheit und Sachlichkeit habe die Geschäftsführung der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft ausgezeichnet. Die Genossenschaft könne auch des Wohlwollens des Reichsversicherungsamtes sicher sein. Hoffentlich habe die Genossenschaft aus mehr als einer Entscheidung den Eindruck gewonnen, daß es dem Reichsversicherungsamt nicht darauf ankomme, zu schematisieren und zu judizieren, sondern den praktischen Bedürfnissen zu entsprechen. Die Vertreter der Genossenschaft mögen überzeugt sein, daß die Genossenschaft im Reichsversicherungsamt die eifrigste Förderin ihrer Interessen zu erkennen habe. Regierungsrat Dr. Wiebeck schloß, indem er den Wunsch des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Dr. Kauffmann, überbrachte, die Genossenschaft möchte sich im neuen Verwaltungsgebäude in Wilmersdorf ebenso weiter entwickeln wie bisher. Nachdem der Vorsitzende Vollmer der Toten gedacht und die Versammlung zu ihrem Andenken sich erhoben hatte, er-

stattete er den Geschäftsbericht über das Verwaltungsjahr 1913. Eine Erinnerung gegen den Geschäftsbericht erhebt sich nicht. Auch nicht gegen den Bericht des Ausschusses über die Prüfung und Abnahme der Jahresrechnungen für 1913 und gegen die Feststellung des Vorschlages für die Verwaltungskosten (Haushaltsplans) nebst Gehaltsplänen der Genossenschaft und der Zweiganstalt für das Jahr 1915. Der Etat sieht erhebliche Ersparnisse vor. Für die Verwaltung sind nur 250 000 *ℳ* eingesetzt, für Kosten des Rechtsganges und der Unfallverhütung 73 500 Mark, im ganzen also 323 500 *ℳ*. Für die Kosten des Verfahrens bei den Oberversicherungsämtern sind 50 000 *ℳ* beantragt, während bisher für diesen Posten 100 000 *ℳ* in Betracht kamen. Die Wahl des Ausschusses zur Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung für 1914 vollzieht sich nach den Vorschlägen des Vorstandes. Es folgt die Beschlußfassung über Verfolgung oder Abstandnahme von Ersatzansprüchen aus § 903 der Reichsversicherungsordnung. Die Fälle werden nach den Anträgen der Berichterstatter aus den einzelnen Sektionen zumeist nach nur kurzer Aussprache von der als Entscheidungsinstant zuständigen ordentlichen Genossenschaftsversammlung erledigt. Die Bestimmung des Ortes für die nächste Genossenschaftsversammlung wurde von der gegenwärtigen Versammlung dem Vorstand überlassen, nur soll sie im Bezirk der Sektion 4, Westpreußen, stattfinden. Punkt 6 der Tagesordnung betraf den folgenden Antrag: Die Genossenschaftsversammlung wolle beschließen: „Beim Übergang von Betrieben oder Nebenbetrieben, die mit Unfällen belastet sind, haben bezüglich der Vermögensauseinandersetzungen, die in der Bekanntmachung des Reichsversicherungsamts vom 24. Dezember 1912 — 1 26 692 — enthaltenen Grundsätze allein Anwendung zu finden. Der Beschluß unserer Genossenschaftsversammlung vom 8. Juli 1908 wird aufgehoben. Dieser Beschluß tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1913 in Kraft.“ In der Begründung dazu heißt es: Nach § 673 der Reichsversicherungsordnung hat die einen mit Unfällen belasteten Betrieb oder Nebenbetrieb übernehmende Genossenschaft für den Übergang der Rentenlast Anspruch auf einen entsprechenden Teil der Rücklage der abgehenden Genossenschaft. Dieser Anteil wird vom Reichsversicherungsamt entsprechend dem derzeitigen Verhältnis der Rücklagen und jährlichen Entschädigungslasten der gewerblichen Berufsgenossenschaften auf das Dreifache des Jahresbetrages der übergelenden Renten festgesetzt. Das Reichsversicherungsamt empfiehlt, daß alle Berufsgenossenschaften sich dieser Bekanntmachung anschließen und alle etwaigen älteren Abmachungen durch die Genossenschaftsversammlungen aufheben lassen möchten. Unsere Genossenschaftsversammlung hätte am 8. Juli 1908 nach den Vereinbarungen, die damals zwischen dem Reichsversicherungsamt und den Berufsgenossenschaften stattgefunden hatten, beschlossen, bei Übergang eines Betriebes von einer Berufsgenossenschaft auf eine andere von der überweisenden Berufsgenossenschaft das 2½ fache des Jahresbetrages der Renten zu fordern. Der Vorsitzende der Genossenschaft Voller schloß die Versammlung mit Worten des Dankes an die Teilnehmer und an den Vertreter des Reichsversicherungsamtes. Am Donnerstag, den 25. Juni, fand ein Festmahl mit Damen in der Stadthalle statt.

Aus dem Geschäftsbericht der Nordöstlichen Bauwerksberufsgenossenschaft. Es kamen zur Umlage für das abgelaufene Jahr an Ausfällen aus dem Jahre 1912 49 567,37 *ℳ*, wovon auf die Sektion Ostpreußen

entfallen 5620,94 *ℳ*, auf die Sektion Westpreußen 4743,60 *ℳ*, an Unfallentschädigungen 3 392 185,98 *ℳ*, wovon entfallen auf die Sektion Ostpreußen 319 286 *ℳ*, auf die Sektion Westpreußen 295 920,47 *ℳ*. An Kursverlust 5614,75 *ℳ*, an Kosten des Rechtsganges und der Unfallverhütung 64 548,30 *ℳ*, an Verwaltungskosten der Genossenschaft 214 171,37 *ℳ*, an Verwaltungskosten der Sektionen 440 124,75 *ℳ*. Auf diese Ausgaben sind an Einnahmen zurechnen 782 037,21 *ℳ*. An diesen Einnahmen beteiligt ist die Sektion Ostpreußen mit 88 683,02 *ℳ*, die Sektion Westpreußen mit 74 840,96 *ℳ*. Alles in allem sind umzulegen 3 384 175,31 *ℳ*. Von diesen gesamten Umlagen entfallen nach Abzug der den einzelnen Sektionen zuzuweisenden Anteile an der Einnahme aus Zinsen, Geldstrafen usw. auf die Sektion Ostpreußen 332 445,65 *ℳ*, auf die Sektion Westpreußen 334 771,94 *ℳ*. Die Bilanz schließt in Aktiven und Passiven mit 16 968 371,68 *ℳ*. Die Zahl der Unfälle betrug 9864 gegen 10 945 im Vorjahre. Vor Ablauf der 13. Woche war die Erwerbsfähigkeit eingetreten in 8550 Fällen, so daß an ev. zu entschädigenden Fällen übrig blieben 1314. Die Zweiganstalt hatte eine Einnahme von 463 230,73 *ℳ* und eine Gesamtausgabe von 399 936,17 *ℳ*. Mit dem Bestand vom Vorjahre ergab sich ein Gesamtbestand von 2 473 382,39 *ℳ*. Die Bilanz schließt in Aktiven und Passiven mit 2 947 895,25 *ℳ*. Der Bericht über die Tätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten zählt zwar eine Anzahl von Rentenzufällen auf, stellt aber fest, daß sich, von solchen Ausnahmen abgesehen, der Verkehr mit den Betriebsunternehmern und Versicherten befriedigend gestaltet hat. Für die Genossenschaft waren 23 technische Aufsichtsbeamte tätig. Der Genossenschaftsvorstand stellt fest, daß diese Tätigkeit ersprießlich war und die für Leben und Gesundheit der versicherten Arbeiter angewendeten Unfallverhütungskosten gut bezahlt gemacht hat.

Haupttarifamt für das Baugewerbe. Die nächste Sitzung des Haupttarifamtes findet, wie schon gemeldet, am 6. Juli und folgenden Tagen in München statt. Die Tagesordnung umfaßt 101 Punkte, und darunter drei Anträge auf Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung. Vom Deutschen Arbeitgeberbund f. d. B. lagen vor: Grundsätzlicher Antrag über die Anwendung des Betonschiedsspruches, ein grundsätzlicher Antrag über den Ablaufstermin der Tarifverträge sowie ferner ein grundsätzlicher Antrag betr. Verweigerung des Vertragsabschlusses durch den Zentralverband der Zimmerer.

Bücherschau.

Das Spiel der Kräfte im Verbundbalken. Von Georg Fischer, Regierungsbaumeister a. D. in Posen. Verlag von Oskar Eulitz in Lissa (Posen). Preis in Büttenkant 6,00 *ℳ*.

Das Buch ist kein landläufiges Lehrbuch des Eisenbetons, sondern beabsichtigt, den Leser etwas tiefer in die Geheimnisse der Verbundwirkung einzuführen. Der Verfasser behandelt in sehr eingehender und kritischer Weise nach dem unbewehrten Balken die Spannungsverteilungszustände: A. Beton zugfest und mitwirkend; B. Genügende Einlage zur alleinigen Aufnahme der Zugkräfte; C. Zugzone gerissen, Zugwiderstand nur in der Einlage. Zum Schluß sind noch das gebräuchliche Rechnungsverfahren und die konstruktiven Maßnahmen zur Sicherung des Verbundes besprochen. Genügend viele

(53) und deutliche Abbildungen ergänzen den Text. Wir können die Schrift jedem Eisenbetoningenieur nur empfehlen, der sich etwas eingehender über die Zustände in Verbundkörpern unterrichten will; insbesondere, da der Verfasser stets auf die Ergebnisse der einschlägigen Versuche hinweist. Pr.

Baumarkt.

Arbeiterwohnungen in Ost- und Westpreußen. Die Verteuerung von Grund und Boden, die gestiegenen Preise für Baustoffe und die hohen Arbeitslöhne sowie die äußerst schwere Beschaffung des Baugeldes und der Hypotheken: alle diese Umstände haben dahin geführt, daß von privaten Baumunternehmern heute wenig oder keine Arbeiterwohnungen mehr errichtet werden. Daß unter diesen Umständen in den Großstädten eine Wohnungsnot entstanden ist, darf nicht wundernehmen. Infolge des starken Hineinfließens zahlreicher Arbeiterfamilien vom Lande werden auch die minderwertigsten Wohnungen bezogen, und doch reichen auch solche nicht aus, so daß beim größeren Wohnungswechsel (Frühjahr und Herbst) an einzelnen Orten Arbeiterfamilien ohne Obdach bleiben, namentlich bei Kinderreichtum, was wie ein Hohn auf den so laut und oft beklagten „Geburtenrückgang“ klingt.

In der letzten Zeit sind über die Wohnungsnot im Osten besonders krasse Fälle aus Elbing und Tilsit laut geworden, so daß die städtischen Körperschaften zu der Wohnungsfrage Stellung nehmen mußten. In Elbing steuert man nun der Wohnungsnot durch Gewährung von Baugeld. Zu diesem Zwecke wurde eine städtische Hypothekenbank errichtet, die Baumunternehmern bzw. Baulustigen 750 000 \mathcal{M} zur Verfügung stellte. Dieser praktische Weg hat Wunder gewirkt. In nicht weniger als 25 Straßen der Stadt sind gegenwärtig gegen hundert Einzelwohnhäuser im Bau. Bemerkt sei noch dazu, daß unter diesen Bauten auch die Häuser des Gemeinnützigen Bauvereins und des Beamtenbauvereins eingeschlossen sind. Da die meisten dieser neuen Bauten im Herbst fertig sein sollen, so kann die Wohnungsnot in Elbing als behoben angesehen werden, wenigstens bei Mittel- und Kleinwohnungen.

Die Entwicklung des Badeortes Zoppot brachte die dortige Fischereibevölkerung in Bedrängnis. Der Manzenplatz (Manze — Netz) wurde für Sportzwecke in Anspruch genommen, und in der Nähe des Seesteges gab es für das Aushängen der Netze zum Trocknen und zum Einbringen ins Wasser auch keine rechte Gelegenheit mehr. Die Fischer sahen sich in ihren Jahrhunderte alten Rechten bedroht und machten sie daher mit Nachdruck geltend. Das Fischergewerbe spielt auch heute noch in Zoppot eine nicht zu unterschätzende Rolle, und so sah sich der Magistrat genötigt, „etwas für die Fischer zu tun“.

Im Juli 1913 beschlossen die Stadtverordneten die Begründung einer Fischeransiedlung unweit der Gasanstalt am sog. Karlkauer Wäldchen. Der Bau von fünfzehn Reihenhäusern ist bereits in Angriff genommen und soll so gefördert werden, daß diese Mitte September zum Beziehen fertig sein sollen. Die Häuser gehen in den Besitz der Fischer über. Der einzelne Fischer schließt mit der Stadt einen Vertrag, demzufolge er von der Stadt für 1,50 \mathcal{M} für das Quadratmeter Grund und Boden kauft, auf welchem die Stadt für Rechnung des Fischers ein Haus erbaut, meist bestehend aus geräumiger Küche, Zimmer, Schlafstube, Bodenkammer, Stallung

und Nebenräumen. Bau- und Grundstückskosten werden monatlich mit $3\frac{1}{2}$ v. H. verzinst und mit $1\frac{1}{2}$ v. H. getilgt. Um einer möglichen Boden- und Gebäudespekulation vorzubeugen, hat sich die Stadt in folgenden Fällen das Wiederkaufsrecht vorbehalten: bei rickständiger Miete oder wenn der Eigentümer oder seine Rechtsnachfolger, besonders Erben, das Grundstück in den nächsten hundert Jahren verkaufen wollen; oder bei Abvermietung von Wohnräumen und bei Hypothekenbelastung. Ausgenommen ist das Vermieten von Räumen vom 1. Mai bis 1. Oktober an Badegäste.

Auch Osterode ist der Kleinwohnungsfrage nahegetreten. Es handelt sich dabei um den Wohnungsbau für Arbeiter in den städtischen Betrieben. Zunächst sollen 50 Familien in einer besonderen Ansiedlung untergebracht werden. Das Baugeld will der Magistrat im Wege des Rentengutsverfahrens beschaffen. Aus dem Bebauungsplane sei hervorgehoben, daß jede Baustelle mindestens 1250 Quadratmeter (2 Morgen) groß ist und nur mit einem Einfamilienhaus bebaut werden darf, dessen Herstellungspreis 6000 bis 7000 \mathcal{M} nicht überschreitet. Das Grundstück muß 85 bis 90 v. H. unbaut und in deutscher Hand bleiben. Die Resthypotheken, d. h. die nach der Rentenbankrente verbleibenden Kaufgelder, müssen mindestens 10 Jahre unkündbar sein. Der Verkauf hängt füglich von der Genehmigung der Generalkommission ab.

Die Stadt hat sich über die Annahme dieser Bedingungen noch nicht geäußert. Bei einem großen Teile der Stadtverordneten scheint dazu wenig Neigung zu bestehen. Bei der Genehmigung der Bedingungen würde die Stadt das ganze Risiko tragen, die Oberaufsicht hätte aber die Generalkommission, und diese Zwitterstellung könnte zu Zerwürfissen führen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Stadt von der Provinzialhilfskasse das nötige Darlehn aufnimmt oder die Geldfrage auf eine andere Weise regelt.

In der westpreussischen Provinzialhauptstadt Danzig ist die Zahl der kleinen Leerwohnungen (bis 3 Zimmer und Küche) seit Oktober 1912 von 3,6 v. H. auf 2 v. H. gesunken. In der Stadtverordnetenversammlung ist auf die Wohnungsfrage wiederholt aufmerksam gemacht worden; doch hat die Stadt dazu noch keine Stellung genommen, zumal die Kaiserliche Marineverwaltung und mehrere Baugeossenschaften für den Bau kleiner Wohnungen sorgen. Ob diese Fürsorge für die Dauer ausreichen wird, bleibt abzuwarten.

Der Magistrat von Königsberg i. Pr. hat sich jetzt infolge eines Beschlusses der Stadtverordneten auch genötigt gesehen, dem Baue von Kleinwohnungen nachzutreten. Danach will die Stadt sich an der Errichtung einer Gesellschaft m. b. H. für gemeinnützigen Wohnungsbau mit 200 000 \mathcal{M} beteiligen. Es sollen für städtische Angestellte und Arbeiter Wohnungen zum Selbstkostenpreise mit der Maßgabe vermietet werden, daß der Mietsvertrag vom Arbeitsvertrag getrennt wird. Auch soll dem Wohnungsbedürfnis solcher Personen genügt werden, die aus besonderen Gründen keine Wohnungen finden können.

H. Mankowski in Danzig.

Persönliches.

Prof. Dr. Grotte. Der bekannte Posener Architekt Professor Alfred Grotte hat am 22. Juni an der Königl. Technischen Hochschule zu Danzig zum Dr.-Ingenieur promoviert, und zwar mit dem Prädikat „gut“.

Handelsteil.

Ziegel.

Beseitigung von Ziegelfieferungen. Ein allgemeiner Handelsbrauch, wonach bei Lieferung von Ziegeln die Verpflichtung zur Bezahlung derselben von der Vorlegung eines quittierten Lieferzettels abhängig ist, besteht in unserem Bezirk nicht. Wenn in anderer Weise nachgewiesen wird, daß die Ziegeln tatsächlich abgeliefert sind, so hat die Bezahlung auch ohne Vorlegung eines quittierten Lieferzettels zu erfolgen. (Gutachten der Oppelner Handelskammer vom 28. 5. 1914.)

Zement.

Abnahme von Zement. Bei Abschlüssen über Zement mit einer gewissen Laufzeit wird mangels besonderer Vereinbarung auf eine allmähliche, ungefähr gleichmäßig auf die Lieferungszeit verteilte Abnahme durch den Käufer gerechnet; wenn bei einem am 17. November 1911 getätigten Schluß über 20 Waggons Zement zum Bezuge bis ultimo Dezember bis zum 20. Dezember erst 6 Waggons abgenommen waren und an diesem Tage die übrigen 14 Waggons abgerufen wurden, so ist, zumal gegen Schluß des Jahres 1911 wegen der bevorstehenden Preiserhöhung bei den Zementfabriken ein besonderer starker Andrang herrschte und die Fabriken ihre Verladungen auf die vorliegenden Anmeldungen gleichmäßig verteilen mußten, die zwischen dem 20. Dezember und dem Jahresschluß liegende Frist, in welche 1911 noch vier Sonntags- und Feiertage fielen, nicht mehr als ausreichend für die Lieferung des ganzen Restquantums aus dem Abschlusse zu betrachten. (Gutachten der Handelskammer Oppeln vom 23. 2. 1914.)

Kalk.

Abnahme von Kalk. Eine Übung, wonach bei Abschlüssen über größere Mengen Kalk „zur Abnahme innerhalb eines vereinbarten Kalenderjahres“ der Abnehmer seine Abforderungen so einzurichten hätte, daß das ganze von ihm in Anspruch genommene Quantum bereits vor einer möglicherweise eintretenden Betriebseinstellung des Kalkwerks, also mehrere Monate vor dem Schlusse des Kalenderjahres abgerufen sein müßte, besteht im Kalkhandel unseres Bezirks nicht, da die hauptsächlich in Betracht kommenden Kalkwerke ihren Betrieb das ganze Jahr hindurch, wenn auch zeitweise eingeschränkt, aufrecht zu erhalten pflegen. Daß der Abruf eines erheblichen Teiles des auf Abruf gekauften Kalks nicht während der Betriebszeit des Kalkwerks, von welchem der Kalk gekauft ist, sondern erst nach Betriebseinstellung erfolgte, könnte dem Grundsatz von Treu und Glauben nur dann widersprechen, wenn der Abnehmer von vornherein damit rechnen mußte, daß das Kalkwerk zu einer gewissen Zeit den Betrieb einstellen würde, oder wenn nachgewiesen werden kann, daß der Abruf nach erfolgter Betriebseinstellung des Kalkwerkes nicht auf Grund vorhandenen Bedürfnisses, sondern nur zu dem Zwecke erfolgt ist, um daraus einen Anspruch auf die Gewährung des höheren Rabattes zu begründen. (Gutachten der Oppelner Handelskammer vom 23. 2. 1914.)

Zu Gogoliner Kalk wird solcher aus dem Krappitzer Kalkwerk nicht gerechnet. Ob dem Gogoliner Baukalk solcher aus dem Krappitzer Kalkwerk gleichwertig ist, kann nicht allgemein, sondern nur von Fall zu Fall festgestellt werden, da bei den einzelnen Lieferungen Schwankungen in der Wertigkeit des gelieferten Kalks vorkommen. (Gutachten der Handelskammer Oppeln vom 7. 3. 1914.)

Holz.

Vom Holzmarkt. Auch seit dem letzten Berichte Nr. 48 der „Ostd. Ban-Ztg.“ hat sich an der Lage des Holz-, wie des

Baumarktes eine nennenswerte Änderung nicht bemerkbar gemacht. Das Geschäft bewegt sich weiter in sehr engen Grenzen und auf eine Besserung ist im laufenden Jahre kaum noch zu rechnen. In Österreich ruht das Holzgeschäft nicht minder, — ein Zeichen hierfür sind die vielen und dringenden Angebote, welche von dort zu uns herüber kommen. Wegen der hohen Preise müssen dieselben aber meist ohne Erfolg bleiben. Kiefterschlammmaterial ist weiter vernachlässigt, astreine Seiten- und Dielware aber werden lebhaft gesucht. Auch besäumte Bauware, Schal- und Einschnidebretter finden guten Absatz. Gebeilte Balken in ausgesuchten Dimensionen und ebenso lange Sparren bleiben fest im Preise; billige Angebote hierin beziehen sich gewöhnlich nur auf wenig oder gar nicht gangbare Stärken und Längen. Russische Erle wird viel gesucht, doch sind Angebote nur wenig und schwer zu haben. In Fachblättern wird jetzt eifrig für und wider die Sperrplatten gekämpft. Dieser Artikel hat zweifellos noch eine große Zukunft vor sich, — aber natürlich kann auf dauernde Erfolge nur ein wirklich gutes Fabrikat rechnen. Die leider recht zahlreichen Hersteller minderwertiger Ware diskreditieren zwar da und dort die Sache, aber das Gute bricht sich doch Bahn.

Die Holzeinfuhr auf der Weichsel aus Rutland war in der Woche vom 15. bis 20. Juni infolge des guten Wasserstandes und des guten Wetters recht stark. Auf den russischen Nebenflüssen der Weichsel macht sich jedoch bereits empfindlicher Wassermangel bemerkbar, und da auch der Wasserstand der Weichsel täglich heruntergeht, bestehen auch hier jetzt schon Befürchtungen wegen Flosserschwierigkeiten. Zurzeit lagern gegen 20 Traften mit über 10 000 Stück Rundkiewern unverkauft am Weichselmarkt, ein kleiner Teil bei Thorn, die übrigen bei Schultz. Im Holzhaufen zu Bräunau befinden sich vom vergangenen Jahre noch unverkauft etwa 12 000 Stück Rundkiewern. Verkauft wurden ca. 800 Rundkiewern mit Bauholzcharakter zu 78 Pf. nach Bromberg, etwa 1200 Stück Rundkiewern, 48 Kubikfuß stark, mit 89 Pf. nach Graudenz, etwa 750 Stück Rundkiewern, 46 Kubikfuß stark, mit 92 Pf. nach Danzig, 1½ Traften galizischer Hölzer mit 80 Pf. nach Nakel und eine Traft, etwa 45 Kubikfuß stark, mit 89 Pf. an ein Sägewerk in Elbing. Die 58 Traften der letzten Berichtswoche enthielten 2917 Runderdeisen und 94 Runderdeschen, 712 Rundtannen, 1913 Runderdeichen, 24 Kanthölzer, 206 Planke, 2063 Rundklobenschwellen, 6436 einische und doppelte Schwellen und 820 Fußdauben; in Kiewernen Hölzern bestand die Einfuhr in 35 580 Rundkiewern, 6414 Balken, Mauerlatten und Timbern, 5402 Skepper, 3160 einischen und doppelten Schwellen und 12 510 Stück Riegel.

Zwangsvergleich der Firma Hermann Dyck. Die Schaeidemühlen- und Nutzholzfirma H. Dyck in Bromberg bietet ihren nicht bevorrechtigten Gläubigern einen Zwangsvergleich auf Grundlage von 17½ v. H. 15 v. H. sollen sofort, 1 v. H. 12 Monate und 1½ v. H. 24 Monate später unter Bürgschaft des Gesellschafters Walter Dyck an die Gläubiger ausbezahlt werden. Die beteiligten Firmen und die überwiegende Mehrheit der Gläubiger haben ihre Zustimmung gegeben, so daß mit dem Zustandekommen des Zwangsvergleichs zu rechnen ist.

Gebräuche im Holzhandel. (Gutachten der Handelskammer Oppeln.)

Nach § 8a der Geschäftsgebräuche im Holzhandelsverkehr des Handelskammerbezirks Oppeln erfolgt im Verkehr zwischen Holzhändlern Barzahlung innerhalb 14 Tagen nach Empfang der Ware unter Abzug von 1½ v. H. Skonto. Dieser Handelsbrauch gilt auch, wenn die Ware zunächst benannt, später jedoch abgenommen

worden ist. In diesem Falle gilt die Ware erst mit dem Zeitpunkt der Abnahme als empfangen, so daß der Käufer zum Abzug von 1½ v. H. Skonto berechtigt ist, wenn er innerhalb 14 Tagen nach der Abnahme Barzahlung leistet. (G. v. 20. 2. 1914.)

Bei Lieferung von Holz zu Dielzwecken ist es mangels besonderer Vereinbarung üblich, die Preise unter Anwendung des Spundmaßes (oder richtiger Federmaßes, d. h. einschließlich Nut und Feder) zu berechnen. (G. v. 6. 4. 1914.)

Im oberschlesischen Holzhandelsverkehr herrschen nachstehende Geschäftsgebräuche:

- Bei unbesäumten Stammhölzern wird bei Stücken bis einschließlich 82 mm das Breitenmaß in der Mitte der schmalen Breitseite ermittelt und danach der Inhalt bestimmt;
- bei Barzahlung innerhalb 14 Tagen ist ein Skontoabzug von 1½ v. H. berechtigt; ein höherer Skontoabzug bedarf ausdrücklicher Vereinbarung;
- die Befugung des Ausdruckes „zirka“ bei der Lieferungsmenge gibt dem Verkäufer einen Spielraum von 10 v. H. nach oben und unten, d. h. er ist berechtigt, 10 v. H. mehr oder weniger zu liefern als die festgesetzte Menge. (G. v. 23. 4. 1914.)

Bei dem Verkaufe einer „Ladung“ Bretter ist der Verkäufer nicht verpflichtet, eine größere Ladung als 10 Tonnen zu liefern.

Die Beladungsmöglichkeit eines 10-Tonnen-Wagens mit den in Frage kommenden fichtenen, besäumten Kistenbrettern beträgt etwa 18 bis 20 cbm. Da auch bei 10-Tonnen-Wagen eine gewisse Überlastung möglich ist, rechnet man mit einer Beladung von rund 20 cbm, bei 15-Tonnen-Wagen demnach mit 30 cbm. (G. v. 14. 5. 1914.)

Eisen.

Die Lage am oberschlesischen Walzisenmarkt hat sich etwas günstiger gestaltet, wenn auch besonders im Hinblick auf die Preise von einer Besserung noch nicht die Rede sein kann. Der Beschäftigungsgrad ist im allgemeinen noch ausreichend, wenn er auch ein starker nicht genannt werden kann. Die Hauptstütze hat der oberschlesische Stabeisenmarkt in den Aufträgen aus Rußland, die noch immer in nennenswertem Umfang eingeht. Aus den Donaustaaten gehen gleichfalls Aufträge in normalem Umfang ein. — Die weiteren Aussichten des Stabeisenmarktes hängen von dem Verlauf der Syndizierungsbestrebungen in B-Produkten ab.

Ermäßigung der Preise für Schweißstabeisen. Die Schweißstabeisenwerke haben die Preise für Schweißstabeisen um 5 M. für die Tonne ermäßigt.

Das provisorische Röhrensyndikat. Die Frage der Röhrensyndizierung ist einen bedeutenden Schritt weitergekommen. Die Vorschläge der Mannesmannwerke haben die Grundlage zu einer Verständigung gegeben. Allerdings konnten die Werke in der Schnelligkeit ein endgültiges Syndikat nicht zuwege bringen, und grundsätzlich wollten sie auch ohne Syndizierung der übrigen B-Produkte einem Röhrensyndikat nicht beitreten. Aus diesen Gründen entschloß man sich zur Bildung eines provisorischen Syndikats mit Gültigkeit bis zum 15. August d. J., in der Hoffnung, bis dahin auch die Frage der Syndizierung der übrigen B-Produkte zur Klärung zu bringen.

Verschiedenes.

Kokosfaser als Füll- und Bindestoff für Gipsdielen, Rollläden und für Stuckzwecke: Helle Faser: Geringer Umsatz auf Grund letzter Preise.

Braune Faser: Die hereinkommenden Importe finden schlanke Absatz auf Grund der ausgehandelten festen Preise. Ludolph Struve n. Co.

Auflösung des Vereins der Berliner Tapetenhändler. Infolge des Darniederliegens der Bautätigkeit hat der Tapetenhandel schwer zu leiden und der Verein der Berliner Tapetenhändler ist darum, wie auf der Generalversammlung des Verbandes der deutschen Tapetenhändler mitgeteilt wurde, der Auflösung verfallen.

Vertragsstrafen bei Bauausführungen. Ist bei der Vergütung größerer Bauausführungen eine Vertragsstrafe für jede Woche verspäteter Fertigstellung vereinbart, dann besteht die Übung, bei der Berechnung der Vertragsstrafe nur die vollen Wochen zu zahlen, die angefangenen aber außer Betracht zu lassen. (Entscheiden der Oppelner Handelskammer vom 6. 4. 1914.)

Grundstücks- und Hypothekenmarkt.

Berlin. (Wochenbericht des Vereins Berliner Grundstücks- und Hypothekennakler.) In vorliegender Berichtswoche war das Hypothekengeschäft lustlos, bei unveränderten Bedingungen. In zweistelligen Hypotheken fanden wohl mit Rücksicht auf eine bevorstehende Gesetzesänderung etwas lebhaftere Umsätze statt.

Notiert wurden: Pupillarisch erststellige Eintragungen 4½—4¾ v. H., sonstige feine Anlagen 4½—4¾ v. H., Institutsgelder 4½—4¾—4¾ v. H., Vorortshypotheken 4¾—4¾ v. H., Baugeider 1 v. H. über Reichsbankdiskont. Zweite Stellen in bester Lage hinter niedrigen Eintragungen 5—5½ v. H., sonstige Appoints 6—6½ v. H., Institutsgelder bedingen 1—2 v. H. Abschlußprovision.

Der Grundstücksmarkt war infolge der bevorstehenden Reisezeit ebenfalls unbelebt. Es sind uns nur Verkäufe von Baustellen Rodenbergstraße und Kugler-Ecke Scherenbergstraße gemeldet worden.

Provision bei Hypothekenvermittlung in Oberschlesien.

Für die Vermittlung von kleinen Hypothekenbeträgen, die meist mit mehr Mühe und Arbeit untergebracht werden müssen als große, wird in Oberschlesien vorwiegend eine Provision von 1 v. H. des Hypothekenkapitals bewilligt. Daher erscheint für die Vermittlung eines Hypothekendarlehens von 4000 M. ein Maklerlohn von 40 M. als angemessen. (Entscheiden der Oppelner Handelskammer vom 6. 4. 1914.)

Einladung zur Mitarbeit.

Angebote von gut durchgearbeiteten Zeichnungen oder Federstrichpausen und Photographien aus allen Gebieten des Bauwesens, welche sich zur Wiedergabe im fachlichen Teile dieser Zeitschrift eignen, sind stets erwünscht, desgleichen von Aufsätzen über bauliche Angelegenheiten aller Art, insbesondere über Ausführung und Durchbildung einzelner Bauteile.

Vergütungsansprüche sind bei Einsendung der Arbeiten anzugeben. Zeichnungen und Abbildungen werden nach ihrer Verwendung unbeschädigt zurückgeliefert.

Die Schriftleitung der „Ostdeutschen Bau-Zeitung“.

Inhalt.

Zerlegbare Fahrbahntafel aus Eisenbeton. — Die Bautätigkeit in den deutschen Städten im Jahre 1913. — Verschiedenes. — Handeleisteil.

Abbildungen.*

- Blatt 205—206. Architekt Ernst Gragert in Lüdenscheid: Entwurf zu einer Volksschule.
Blatt 207. Architekt (B. D. A.) Oskar Fischer in Hamburg: Landhaus in Voorde bei Kiel.
Blatt 208. Architekt: Maurermeister Bruno Sommer in Kolberg: Wohn- und Geschäftshaus in Kolberg.

* Nach § 18 des Kunstschutzgesetzes ist ein Nachbauen nach den hier abgebildeten Bauwerken und wiedergegebenen Plänen unzulässig.